

# BESCHLUSSVORLAGE

- öffentlich -

Ref.2/017/2022

STADT **SCHWABACH**



Die Goldschlägerstadt.

|                                 |                                        |
|---------------------------------|----------------------------------------|
| Sachvortragende/r               | Amt / Geschäftszeichen                 |
| Stadtrechtsrat Knut Engelbrecht | Referat für Recht, Soziales und Kultur |

|                                  |
|----------------------------------|
| Sachbearbeiter/in: Sabine Wehrer |
|----------------------------------|

## Geflüchtete in Schwabach - Sachbericht

| Beratungsfolge | Termin     | Status     | Beschlussart |
|----------------|------------|------------|--------------|
| Hauptausschuss | 25.10.2022 | öffentlich | Beschluss    |

### Beschlussvorschlag:

Der Sachbericht wird zur Kenntnis genommen.

| Finanzielle Auswirkungen                         | Ja | X | Nein |
|--------------------------------------------------|----|---|------|
| Kosten lt. Beschlussvorschlag                    |    |   |      |
| Gesamtkosten der Maßnahme<br>davon für die Stadt |    |   |      |
| Haushaltsmittel vorhanden?                       |    |   |      |
| Folgekosten?                                     |    |   |      |

| Klimaschutz                                                 |              |                                                               |       |
|-------------------------------------------------------------|--------------|---------------------------------------------------------------|-------|
| I. Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz: |              | II. Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen? |       |
|                                                             | Ja, positiv* |                                                               | Ja*   |
|                                                             | Ja, negativ* |                                                               | Nein* |
| X                                                           | Nein         |                                                               |       |

\*Erläuterungen dazu sind im Sachvortrag aufzuführen.

## **I. Zusammenfassung**

Seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine am 20.02.2022 kommen wieder vermehrt Geflüchtete nach Schwabach. Durch großes Engagement der Mitarbeitenden, aber auch der Stadtgesellschaft konnte diese Herausforderung bisher gut bewältigt werden. Die Fallzahlen steigen aber weiterhin kontinuierlich an. Dies bringt die Stadt zunehmend an den Rand ihrer Aufnahmemöglichkeiten.

## **II. Sachverhalt**

### **1. Entwicklung seit Februar 2022**

Bereits kurz nach dem Angriff Russland auf die Ukraine wurde damit begonnen, die Turnhalle Wöhrwiese für die Aufnahme von Geflüchteten zu ertüchtigen und die Lagerbestände zu kontrollieren. Am 24.02.2022 kamen die ersten Menschen aus der Ukraine nach Schwabach. Seit dem 28.02.2022 gab es regelmäßige Austauschrunden innerhalb der Stadtverwaltung. Seit diesem Zeitpunkt wurden bereits zentral Hilfs-Wohnungs- und Spendenangebote gesammelt. Die Federführung lag hier im Referat 2, Amt für Senioren und Soziales, stark unterstützt durch das Sachgebiet Katastrophenschutz. Aufgrund des sehr starken Ankunftsgeschehens mussten in der Folgezeit neben der Wöhrwiese auch die Hallen der Johannes-Helm-Schule und die Hocheder-Halle als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden.

Diese Hallen konnten erst im Laufe des Mai diesen Jahres Schritt für Schritt aufgelöst werden.

Unter großem personellem und finanziellem Aufwand konnten die eigentlich zum Abriss vorgesehenen Blöcke des St. Gundekar Werkes angemietet und hergerichtet werden. Hier war vor allem das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung beachtlich, dass durch den Bereich Ehrenamtskoordination im Sachgebiet Seniorenarbeit strukturiert wurde. Die Anmietung der Blöcke in der Reichswaisenhausstraße war zunächst bis 31.10.2022 vereinbart und konnte nun erfreulicherweise bis 30.04.2023 verlängert werden. Eine weitere Verlängerung ist auch im Hinblick auf die Bausubstanz eher unwahrscheinlich.

Hier sind derzeit rund 85 Menschen ukrainischer Herkunft untergebracht.

Insgesamt befinden sich derzeit 196 Personen in dezentralen Unterkünften der Stadt mit ukrainischem Hintergrund. Hinzu kommen weitere 48 Personen die nach dem AsylbLG untergebracht sind und weitere 46 Personen die bereits einen dauerhaften Aufenthaltstitel haben und sich eigentlich um eigenen Wohnraum bemühen müssten, diesen aber nicht finden, sogenannte Fehlbeleger.

Somit befinden sich derzeit insgesamt 290 Personen in dezentraler Unterbringung. Hinzu kommen noch Personen in den Gemeinschaftsunterkünften der Regierung.

Seit 24.02.2022 bis 31.05.2022 waren alle ukrainischen Geflüchteten zu registrieren, unterzubringen und mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auszustatten.

Seit dem 01.06.2022 griff der sogenannte Rechtskreiswechsel, der alle ukrainischen Geflüchteten den Bezug des SGB II (Jobcenterleistungen) oder den Wechsel ins SGB XII (Grundsicherung im Alter oder Hilfe zum Lebensunterhalt) ermöglichte. Die Unterbringung der Personen ist jedoch weiterhin Aufgabe des Amtes für Senioren und Soziales.

Durch diesen Rechtskreiswechsel liegen nicht mehr alle Daten in einer Hand und uns somit nicht mehr vollumfänglich vor. Im Sozialamt sind 32 Personen mit ukrainischem Hintergrund in der Grundsicherung und 18 Personen in der Hilfe zum Lebensunterhalt in Fallbearbeitung. Anspruchsvoraussetzung ist hier der Bezug einer ukrainischen Altersrente oder das Erreichen des deutschen Rentenalters.

Im Jobcenter sind derzeit 965 Bedarfsgemeinschaften gelistet, davon 215 Bedarfsgemeinschaften mit ukrainischem Hintergrund.

Bis August wurden wöchentliche Informationsveranstaltungen zu den verschiedensten Themen für die ukrainischen Geflüchteten im Haus der Begegnungen abgehalten. Diese wurden von den Geflüchteten sehr gut angenommen. Nachdem die erste Ankommensphase

abgeschlossen ist, finden diese Termine nur noch nach Bedarf statt. Ergänzend wurde aber ein Online-Newsletter installiert, der ukrainischen Geflüchteten und interessierten Helfern einen Überblick über aktuelle Themen gibt. Dieser Newsletter ist bereits viermal erschienen. Anmeldungen sind jederzeit möglich.

## 2. Anstieg der Zahl der Geflüchteten

Seit September ist wieder ein verstärkter Zulauf aus dem Bereich der Asylbewerber anderer Staaten, hier insbesondere Afghanistan, Syrien und Iran zu verzeichnen. Aus diesem Grund musste die Wöhrwiese ab Mitte letzten Monats für mehr als fünf Wochen wieder mit Geflüchteten belegt werden.

Hintergrund ist die zunehmende Überlastung der ANKER-Zentren nicht nur in Bayern. Das ANKER-Zentrum Zirndorf ist Stand Anfang Oktober mit 135 % ausgelastet. Bis Ende September 2022 haben in diesem Jahr bereits rund 3.900 Flüchtlinge verschiedenster Herkunftsländer die ANKER-Einrichtung in Zirndorf aufgesucht. Die Regierung von Mittelfranken kam daher bereits zweimal auf die mittelfränkischen Kommunen zu und bat freiwillige Abnahme von Geflüchteten. Die Stadt Schwabach kam dieser Bitte im September nach und wird auch weiterhin Personen aufnehmen, wenn sich uns Wohnraum zur Anschlussunterbringung erschließt.

Es ist daher anzunehmen, dass die Wöhrwiese im Laufe der nächsten Monate immer wieder belegt werden muss, da keine anderen Kapazitäten kurzfristig zur Verfügung stehen. Es gibt auch eine Warteliste von ukrainischen Geflüchteten die nicht mehr bei Privatpersonen unterkommen können oder deren Mietverträge auslaufen. Hier bittet die Regierung darum, sich diesem Personenkreis weiterhin anzunehmen.

Dazu kommt noch die Aufnahme von afghanischen Ortskräften in Einrichtungen der Regierung. Diese Personen kommen direkt in den Bezug des Jobcenters. Auch dies findet seit dem Sommer in Schwabach statt.

## 3. Laufende Anmietung von Wohnraum

Das Amt für Senioren und Soziales mietet laufend Wohnraum für die Flüchtlingsunterbringung an.

Hierfür wurde uns bis Ende des Jahres 2023 eine Stelle zur Verfügung gestellt, da die Arbeitsbelastung mit dem Stammpersonal nicht zu bewältigen ist. Seit März 2022 wurden bereits 26 weitere Wohnungen angemietet. Zwei Wohnungen waren Beherbergungsbetriebe, die aufgrund der immensen Kosten bereits wieder aufgelöst wurden. Vor März 2022 befanden sich 20 Wohnungen für Asylbewerber in unserem Kontingent. Damit sind derzeit 46 Wohnungen für die dezentrale Flüchtlingsunterbringung angemietet. Hinzu kommen drei zentrale Unterkünfte der Regierung von Mittelfranken.

Erschwert wurde die Situation im laufenden Jahr durch mehrere Wasserschäden in den Wohnräumen und insbesondere durch die zwei Brände in Asylunterkünften im Januar und September dieses Jahres.

Die Bewohner dieser Unterkünfte mussten sehr kurzfristig untergebracht werden. Beide Unterkünfte stehen uns seit den Bränden nicht zur Verfügung. Hiervon sind 18 Plätze betroffen. Die Plätze in der Ludwigstraße werden dauerhaft wegfallen, die Plätze in der Wasserstraße werden uns wohl nur noch mit Auflagen zur Verfügung gestellt.

## 4. Verteilung nach dem Königssteiner Schlüssel

Die Verteilung von ukrainischen Geflüchteten und von Asylsuchenden auf die Bundesländer, aber auch auf die Regierungsbezirke und Städte und Landkreise richtete sich nach dem sog. „Königssteiner Schlüssel“. Demnach hatte die Stadt Schwabach zum Stand 10.10.2022 einen Erfüllungsgrad von 89,37 % für die Aufnahme von Asylbewerbern erreicht. Bei der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten liegt Schwabach derzeit bei einer Quote von

104,52 % und in Summe nun bei einer Quote von 98,25%.

Mit den aktuellen Aufnahmezahlen befindet sich Schwabach unter den Top 5 der mittelfränkischen Kommunen.

Der Regierung wurden aber bereits Zusagen für die Aufnahme weiterer Geflüchteten gemacht, sobald uns neuer Wohnraum zur Verfügung steht.

Ergänzend hierzu noch einige weitere Zahlen:

- Als Spitzenwert hatten wir ca. 600 Personen ukrainischer Herkunft in Schwabach gemeldet. Durch Umzüge in andere Städte oder Länder, teilweise auch durch die Rückkehr in die Ukraine sind nunmehr nur noch 450 Personen gemeldet, davon ca. 150 minderjährige Kinder. Von den 300 übrigen Personen sind 77 % Frauen und 23 % Männer;
- 196 Ukrainer sind derzeit in dezentraler Unterbringung mit Aufenthaltstitel (Fehlbeleger);
- Derzeit sind 162 Asylbewerber in Schwabach im Verfahren, Tendenz steigend. Zum Vergleich: im Oktober 2020 waren 170 Asylbewerber in Schwabach untergebracht. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl in den nächsten Wochen wieder erreicht und überschritten wird. Die Geflüchteten kommen insbesondere aus Afghanistan, Irak, Äthiopien, Iran, Ukraine, Weißrussland, Russische Föderation, Syrien und Somalia;
- Auch haben sich bereits erste Geflüchtete aus Russland gemeldet, die als Kriegsdienstverweigerer das Land verlassen haben. Auch hier ist mit einer steigenden Anzahl von Personen zu rechnen;
- Deutschlandweit wird damit gerechnet, dass die Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Geflüchteten das Niveau von 2015/2016 übertreffen.

## 5. Fazit:

Durch Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses vom 28.03.2022 und dem darauffolgenden Stadtratsbeschluss konnte kurzfristig Personal zur Bewältigung der Fluchtbewegungen infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine bereitgestellt werden. Die eingesetzten Kolleginnen haben sich als sehr wertvoll erwiesen. Nur durch den großen Einsatz der Stammbefugten und der zusätzlichen Kräfte konnte das Aufkommen der Geflüchteten gut bewältigt werden und auch die laufende Integration vorangetrieben werden. Vor allem die steigenden Zahlen im Bereich der weiteren Asylbewerber macht uns jedoch Sorgen.

Der bezahlbare Wohnraum in Schwabach ist begrenzt und durch die Anmietung durch die Stadt fehlen diese Wohnungen wieder auf dem Mietmarkt. Die aktuelle Lage wird mit Sorge betrachtet. Sollte sich die derzeitige Situation in gleicher Weise wie in den letzten Monaten fortsetzen, ist nicht ausgeschlossen, dass die Stadt erneut Sporthallen für die Unterbringung von Geflüchteten nutzen muss. Auch könnte sich – wie bereits 2015/2016 die Notwendigkeit ergeben, provisorischen Wohnraum („mobile Messehallen“) zu schaffen. Derzeit hoffen wir aber noch, dies vermeiden zu können.

## **III. Kosten**

Durch den Sachbericht entstehen keine Kosten.

## **IV. Klimaschutz**

Keine Auswirkungen.